

# «Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wie weiter?»

Nach dem wichtigen Nein des Stimmvolks zur Wirtschaftskammer-Initiative «Familie und Beruf» am vergangenen Sonntag fragen sich viele Menschen in Liechtenstein, wohin die Reise beim Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» geht.

→ Mit 82,4 Prozent Neinstimmen lehnte das Volk eine Initiative ab, die zum Ziel hatte, die Kita-Förderung des Landes auf neue Beine zu stellen. Ausserdem sollten mit dieser Initiative die Kosten für Mutterschaftstaggelder neu aus der Familienausgleichskasse bestritten werden. Schnee von gestern. Die Emotionalität der Diskussion rund um die Vorlage hat die Politik auf den Plan gerufen. Es fehlen Kita-Plätze und die Frage danach, wer am Ende

wie viel bezahlt und welche Rolle der Staat dabei einnimmt, wird bei diesem Thema die Debatte in den kommenden Monaten bestimmen.

Drei der vier Landtagsparteien haben sich dezidiert für die Initiative ausgesprochen. Die harsche Ablehnung führt dazu, dass gerade die Befürworter über die Bücher gehen. Und auch die Unabhängigen, welche die Initiative ablehnten, wollen dieses Thema für sich besetzen. **mw**

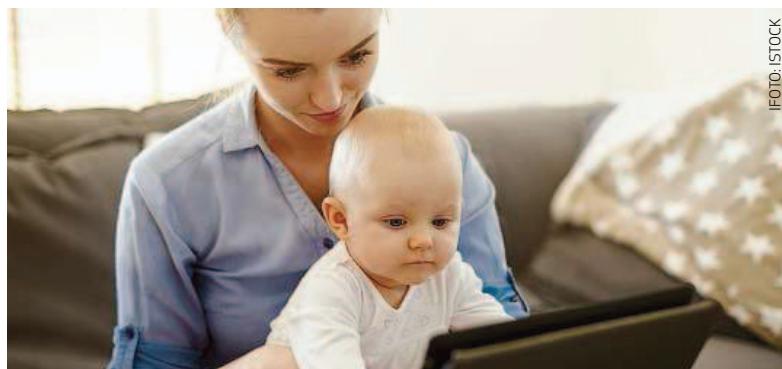


FOTO: ISTOCK

## «Brauchen die ganze Bevölkerung»

→ Der klare Entscheid der Stimmbevölkerung von letzter Woche darf nicht dazu führen, dass nun Stillstand einkehrt. Wir dürfen jetzt aber auch nicht den Fehler machen, abermals nur auf das Modell «Familie als Beruf» einzugehen und dafür Lösungen zu suchen. Die der Abstimmung vorangegangenen Diskussionen haben deutlich gezeigt, dass auch das Modell «Familie als Beruf» berücksichtigt werden soll. Es muss das Ziel der Politik sein, die Wahlmöglichkeit einer Familie zwischen diesen beiden in Liechtenstein gelebten Familienmodellen zu erhöhen.

Ich bin überzeugt davon, dass wir mehrere kleine Schritte benötigen, um am Ende am Ziel zu sein – auch wenn sich das Schlagwort «Gesamtpaket» auf den ersten Blick verlockend anhört. Eine intelligente Erhöhung des Kindergeldes, wie von Mauro Pedrazzini und mir bereits am Nachmittag nach der Abstimmung vorgeschlagen, ist dabei einer dieser Schritte. Viele weitere müssen folgen. Dazu brauchen wir in erster Linie die direkt Betroffenen, um mehr über die Bedürfnisse zu erfahren. Letztlich brauchen wir für eine Lösung aber die gesamte Bevölkerung. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit einem Dialog und mehreren kleinen Schritten rasch vorwärtskommen werden. Die FBP hat die interne Diskussion bereits angestossen und wir werden dranbleiben.

## «Fortschritt für alle Familienmodelle»

→ Das Abstimmungsergebnis interpretiere ich so, dass sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner eine ganzheitliche Familienförderung wünschen, die für alle Familienmodelle einen Fortschritt bringt. Wenn wir jedem Familienmodell einen gleichwertigen Platz in unserer Gesellschaft einräumen, dann müssen wir auch alle Familienmodelle unterstützen.

Die Frage, wie es mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorangehen soll, ist deshalb nur ein Teil der zu lösenden Aufgabe. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in viele Politik- und Lebensbereiche hineinwirkt. Sie umfasst mehr als finanzielle Leistungen des Staates, so wichtig diese auch sind. In der Summe müssen wir erreichen, dass sich Mütter oder Väter nicht benachteiligt fühlen, wenn sie sich zu Hause der Kinderbetreuung widmen.

Neben den dringend notwendigen Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss uns gerade deshalb ebenso stark daran gelegen sein, auch jene zu fördern und zu unterstützen, die sich ohne die Inanspruchnahme von Kitas um die Kinderbetreuung kümmern. Die VU steht für eine Familienpolitik, die das möglich macht und bei der alle Familien mit Kindern einen Fortschritt spüren.

## «Alle Betroffenen miteinbeziehen»

→ Diese klare Ablehnung macht es nicht einfach, zur politischen Tagesordnung überzugehen. Offenbar herrscht bezüglich Kosten, Nutzen und Gewinn aus der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine geschürte Emotionalität, die eine objektive Sachlichkeit sehr schwierig macht. Die Stimmbürger haben nun ein Zeichen gesetzt. Es wurden dabei viele Themen und Problemfelder angestossen, welche mit der eigentlichen Initiative nur am Rande zu tun hatten. Für mich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur ein Teil der gesamten Familienpolitik; sie ist vielmehr eine gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Frage.

Die FL hat Familienpolitik seit jeher ganz oben auf ihrer Agenda. Sie hat Vorschläge eingebracht, Diskussionen angestossen und wird auch in Zukunft bereit sein, bei konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten, nicht zuletzt bei einem bezahltem Elternurlaub, der Förderung von Teilzeitstellen oder der Unterstützung von Tagesmüttern. Kurzfristig braucht es eine neue Auslegeordnung, eine Art runden Tisch, an dem alle betroffenen Kreise ihre Standpunkte einbringen können. Es wird auch an der Wirtschaft liegen, hier ihre Interessen einzubringen – oder selbst Lösungen zu suchen bzw. auch mitzufinanzieren.

## «Bessere Verteilung»

→ Aus der Familienausgleichskasse (FAK) jährlich mehr als 6,5 Mio. Löhne an Firmen zurückzuerstatten, fand beim Volk eine deutliche Abfuhr. Die Kosten der Mutterschaftstaggelder werden somit auch zukünftig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen getragen. Mein Vorschlag ist seit Langem, die Mutterschaftstaggeld-Versicherung auf alle Betriebe zu verteilen, sodass Betriebe mit höherem Frauenanteil nicht benachteiligt sind. Künftig alle Betriebe an den Kosten für Mutterschaft zu beteiligen, kann innerhalb der Taggeldversicherung, durch eine Gesetzesanpassung, vollzogen werden – ohne dabei die FAK zu belasten.

Die Ablehnung der Kita-Finanzierung aus der FAK zeigt, dass der Grossteil der Bevölkerung alle Familien unterstützt haben will. Das ist eine klare Vorgabe für die künftige Familienpolitik. Als Erstes versuchen wir vom Gegenkomitee, eine gerechtere, den Verhältnissen der Familie angepasste Verteilung des Staatsbeitrages für Kinder und Jugendhilfe (ca. 5,9 Mio.) an Familien in Liechtenstein zu erreichen. Dieser Staatsbeitrag hat nichts mit dem Kindergeld aus der FAK zu tun. Der Landtag wird diesen Staatsbeitrag in der Budget-Debatte im November behandeln können. Von Stillstand kann also keine Rede sein. Es geht weiter.